

Immer schneller

Hamburgs Sozialdemokraten nominierten letzte Woche einen Nachfolger für den zurückgetretenen Regierungschef Schulz. Hans-Ulrich Klose, 37, hat „Fracksausen“.

Der neue Mann bat um Vorgabe. „Ich brauche ein bißchen Glück“, mutmaßte Hans-Ulrich Klose, als er sich entschlossen hatte, nach dem Rücktritt von Peter Schulz das Amt des Hamburger Regierungschefs anzunehmen.

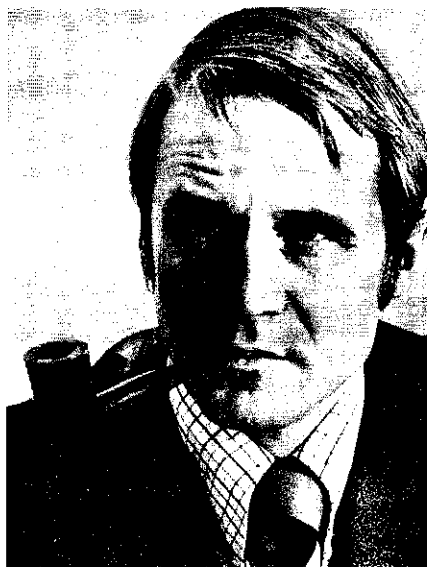
Das Avancement des Hamburger Innensensors zum Ersten Bürgermeister der Hansestadt könnte Signalwirkung haben für Westdeutschlands Sozialdemokraten, die bei den letzten Wahlen Stimmen im Lande und politisches Renommee ihrer Spitzenmänner dreingeben mußten; ramponiert zeigten sich Hessens Osswald wie Bayerns Vogel.

In Hamburg reagierten die Genossen jetzt auf Verluste bei den Wahlen im März (SPD-Minus 10,4 Prozentpunkte) in unüblicher Damit-basta-Manier. Kaum hatte Schulz, eine Vertrauensbekundung erhoffend, seinen Rücktritt angeboten, wurde er auch schon beim Wort genommen — Opfer eines Aktes von „unheimlicher Eigengesetzlichkeit“ (Klose); ihm fehlte es an Ausstrahlung wie an Durchsetzungskraft in der Partei, die sich ohnedies daran gewöhnt hatte, es auch ihren Herrschenden schwerzumachen.

Aufsteiger Klose hat denn auch „ein bißchen Fracksausen“, und selbst wenn dieser Bammel nur gespielt sein sollte, so wäre er verständlich angesichts dessen, was laut Wirtschaftssenator Kern auf Hamburg zukommt: „bergehoch Schwierigkeiten“.

Der Partner FDP, in Hamburg wie überall zum Regieren unentbehrlich geworden, sucht auf Kosten des Koalitionsfriedens nach eigenem Profil, auch in der reibungsreichen Frage der Beschäftigung Radikaler im öffentlichen Dienst, die sich in Hamburg in besonderer Konstellation stellt: die FDP links von der SPD, und Klose, als Innensenator Radikalenverfolger von Amts wegen, scheint zumindest den Jungdemokraten der Hansestadt „Gewähr für ein rasches Ende der Koalition“.

In der mittelfristigen Finanzplanung des einst reichen Stadtstaates klafft eine Finanzierungslücke von 1,4 Milliarden Mark, und Schwerpunkte des SPD/FDP-Regierungsprogramms, so der Bau eines neuen Großflughafens oder die Errichtung einer zweiten Universität, müssen vermutlich gestrichen werden; an dieser Frage scheiterte, so es einen auslösenden Faktor für das Scheitern gab, schon SPD-Schulz.



Hamburger Sozialdemokrat Klose
„Regieren und diskutieren“

Mehr, vielleicht wiederum zuviel, erwarten die Hamburger Genossen von einem Mann, der, so ein Parteifreund, „immer etwas schneller denken konnte als seine Rivalen“ und jedenfalls schneller Karriere machte. Seit 1964 SPD-Mitglied, brachte es Jurist Klose, anfangs Juso-Vize, alle zwei Jahre eine Parteistufe höher klimmend, in acht Jahren zum Vorsitzenden der SPD-Bürgerschaftsfraktion, dann zum Innensenator, schließlich zum Chef.

Der gebürtige Breslauer gibt sich, wie Kanzler Schmidt und Finanzminister Apel, als ein Macher Hamburger Art, immer zu Taten und zu forschenden Wendungen aufgelegt. Als zu Apo-Zeiten biederen Genossen nichts mehr einfiel, ging er auf den Campus und diskutierte mit den Rebellen. Als die Partei mit den Jusos Streit über Tarifierhöhungen im Nahverkehr bekam, führte Klose die Auseinandersetzungen, denen sich sonst niemand im Vorstand gewachsen fühlte.

Klose war federführender Autor des Hamburger „Positionspapiers“, in dem die geschlagene Hanseaten-SPD ihren Standort „selbstkritisch und offen“ markiert: Absage an das imperative Mandat, keine Gemeinsamkeiten mit Kommunisten, Verzicht auf Sozialisierung der Produktionsmittel.

Der Parteitheoretiker konzipierte das Hamburger Universitätsgesetz, das der Hansestadt akademische Ruhe bescherte, und er muckte noch im Sommer gegen Kanzler Schmidt auf, der in Hamburg den jungen Genossen riet, ihre Gehirne in Ordnung zu bringen und vom allzu Theoretischen abzulasen. Klose: „Man kann regieren und gleichzeitig über Theorie diskutieren.“

Er akzeptierte den für Sozialdemokraten häufig undankbaren Posten des Innensensors und Verfassungsschützers und wurde dennoch bei den letzten

Partei Vorstandswahlen mit der höchsten Stimmenzahl bedacht, und als Freitag letzter Woche ein außerordentlicher Parteitag über Kloses Nominierung zum Ersten Bürgermeister entschied, waren 252 für und 28 gegen ihn.

An Selbstbewußtsein fehlt es Klose nicht: „Wenn ich hier auch noch vor die Hunde gehe, ist die Partei weg vom Fenster.“

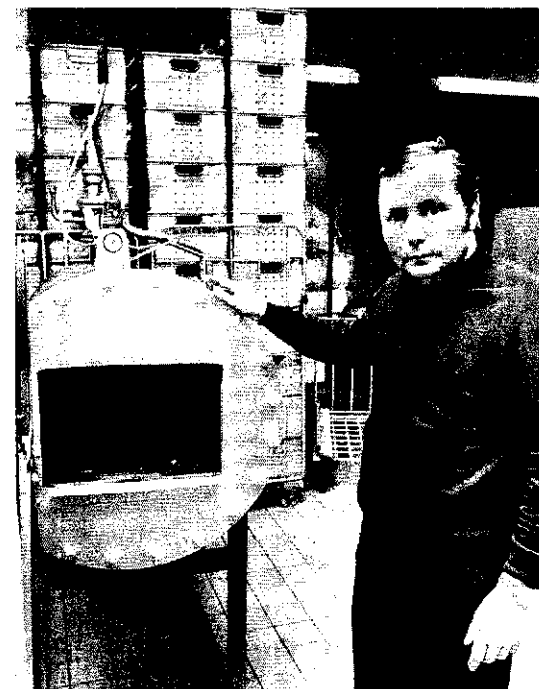
SEUCHEN

Quelle sicher

Hat das Verhalten des baden-württembergischen Gesundheitsministeriums in der Typhus-Affäre dazu beigetragen, daß Kranke nicht rechtzeitig und nicht richtig behandelt wurden?

Erich Kopplow, Chef des Medizinaluntersuchungsamtes im pfälzischen Landau, warf sich flach zu Boden. Zwischen Kartoffeleimern und Pommefrites-Maschinen machte der Bakteriologe am Mittwoch letzter Woche Jagd auf eine Maus, erlegte sie schließlich mit einem Prügel und sicherte den Kadaver in einem desinfizierten Glasröhrchen: Beweisstück A 15 436 in der jüngsten Typhusaffäre der Bundesrepublik.

Die Geschichte mit der Maus bestärkte den Bakterien-Fahnder in seinem Verdacht, daß der Kartoffelsalat-Produzent Jakob Grenz aus Neuhofen bei Ludwigshafen zwischen dem 23. und 27. September salmonellenverseuchten Kartoffelsalat ausgeliefert habe. Bis Ende letzter Woche waren al-



Salat-Lieferant Grenz
Keime im Kaufhaus

lein in Baden-Württemberg, wo der mit dem Erreger *Salmonella typhi* angereicherte Salat in zwei Kaufhausgaststätten verabreicht wurde, etwa 300 Personen erkrankt. Vier starben, über 30 weitere Erkrankungen, die fast alle ihren Ursprung im Südweststaat haben, wurden aus anderen Bundesländern gemeldet.

Und „bei 90 Prozent“ der Typhuspatienten „läßt sich eine direkte Verbindung zu dem Kartoffelsalat“ aus Neuhofen herstellen — so der Leiter des baden-württembergischen Medizinischen Landesuntersuchungsamtes, Professor Walter Steuer. Der Chef des Stuttgarter Gesundheitsamtes Hanns Hufnagl bestätigt: „Es gibt keine andere Infektionsquelle, das ist sicher.“

Dem Quellenstudium war bereits am 22. Oktober, fünf Tage nach der ersten

weigerte sich die baden-württembergische Gesundheitsministerin Annemarie Griesinger, die Namen der Kaufhäuser zu nennen, in denen der keimreiche Salat angeboten wurde. Nur deshalb schrieben vier Stuttgarter Mediziner in einem offenen Brief an die Ministerin, seien „Patienten auf Bronchitis, Grippe etc. behandelt“ worden, die „wir bei frühzeitiger Informierung als Typhusverdächtige möglicherweise hätten besser behandeln und isolieren können“.

Tatsächlich bietet Typhus im Anfangsstadium „das Bild eines banalen grippalen Infekts“ (Neumann): langsam steigendes Fieber, Apathie und Durchfall. Und Ende voriger Woche war sich selbst die Ministerin „nicht mehr hundertprozentig sicher“, ob bei einer lückenlosen Untersuchung aller Essensgäste der beiden Kaufhäuser

Professor Steuer, „auch bei uns noch hapert“. Beweis: 1973 erkrankten in der Bundesrepublik 420 Menschen an Typhus. Denn anders als Grippe-Viren wechseln Typhus-Bakterien ihre Wirte nicht durch Tröpfchen-Infektion, sondern über den Verdauungstrakt (Mediziner-Formel: „Typhus ißt man“). Infiziert wird durch Stuhl oder Urin akut Kranker — aber auch längst vom Typhus Genesener, die gleichwohl weiterhin Erreger abgeben: An die 10 000 solcher „Dauerausscheider“ sind bei westdeutschen Gesundheitsämtern erfaßt.

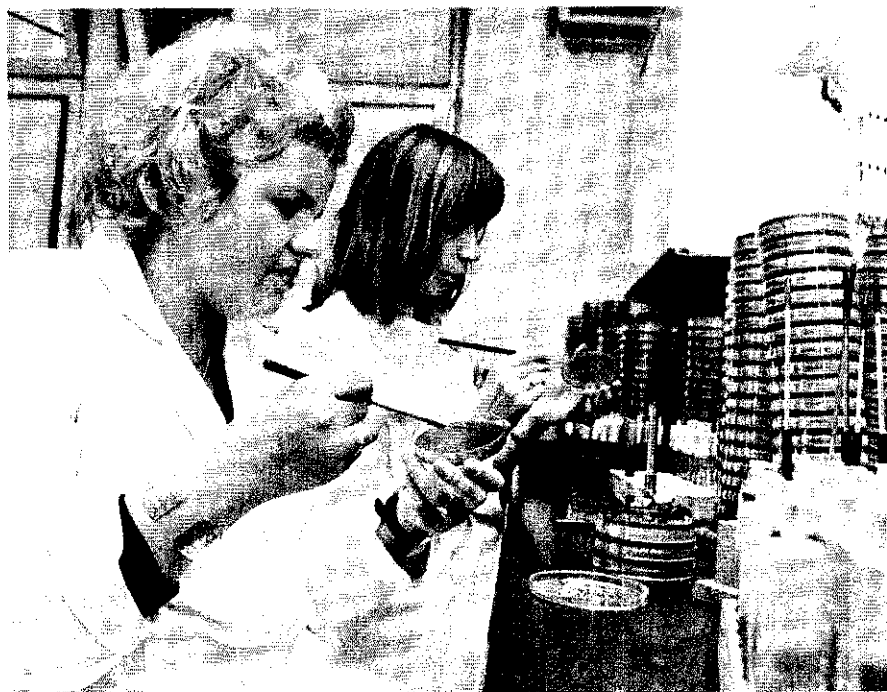
Freilich, weder in der Neuhofener Kartoffelfabrik noch bei deren sechzehn Beschäftigten, noch in Speiseresten konnte das Medizinaluntersuchungsamt den Erreger *Salmonella typhi* dingfest machen. Dagegen fanden sie auf dem Gelände des pfälzischen Salatmachers nahe Verwandte der Typhus-Bakterien: In einer Erdprobe, die Kopplow zwei Meter von der Hauswand entfernt in unmittelbarer Nähe des Abwasserkanals und nur eine Handbreit neben einem Mäusenest entnahm, wies der Bakteriologe *Salmonella panama* nach — den gleichen Krankheitskeim, der auch in einer Plastiktüte mit rohen geschälten Kartoffeln aus dem Grenzschen Betrieb entdeckt worden war.

Sowohl durch den Kanal, der nur einen Meter unterhalb der Kartoffelwaschanlage verläuft und schon bei einem kleinen Rückstau das Wasser verdrecken kann, als auch durch die Mäuse, „die durchaus mal an den Kartoffeln knabbern konnten“ (Kopplow), mögen Erreger an die Erdfrüchte gekommen sein — dies um so leichter, als die Salatkartoffeln nach dem Erhitzen zwölf Stunden bis zur weiteren Verarbeitung lagerten. Und im Wasser eines illegal gebohrten Brunnens zählten die Seuchenbeamten eine Million Krankheitskeime pro Kubikzentimeter.

Zwar will Grenz sein Brunnenwasser lediglich zum Reinigen der Fabrikationsräume genutzt haben, aber, so Wissenschaftler Neumann, „wenn nur ein paar Spritzer davon an die Kartoffeln gekommen sind, dann reicht das“.

Daß sein Betrieb ein Typhusherd sein soll, will Grenz, der „seit zehn Jahren unbeanstandet“ Kartoffelsalat produziert, nicht glauben. Und wegen des Produktionsausfalls seit der Stilllegung vor zwei Wochen sinnt der Salatmacher bereits über Schadenersatzforderungen nach.

Kopplow dagegen („Die Typhusbakterien werden wir möglicherweise nie mehr finden“) meint genug Belastungsmaterial zu haben: „Der Betriebsabfall war so, daß an jedem Tag von dort eine Epidemie ausgehen konnte.“ ◆



Typhus-Laboruntersuchung in Stuttgart: Zweite Welle möglich

Typhusdiagnose, ein „epidemiologischer Indizienbeweis von einer Mächtigkeit, wie sie ungewöhnlich ist“, beschrieben — so Hufnagl-Vize Professor Gerhard Neumann. Denn alle Erkrankten hatten Ende September nach eigenen Aussagen im Kaufhaus Horten Würstchen, Hackbraten oder Schwäbische Maultaschen verzehrt. Und wie die Seuchen-Expertin Jutta Tottleben ermittelte, war immer Kartoffelsalat aus dem inzwischen stillgelegten Grenzschen Betrieb dabei.

Das gleiche Bild bot sich den Gesundheitskommissaren in Heidelberg, wo die meisten der Erkrankten ihre Typhusmahlzeit im Kaufhof eingenommen hatten. Lieferant auch hier: Grenz.

Jedoch, der rasche Recherchenerfolg wurde durch das hilflose Handeln der Ministerialbürokratie bei der Bekämpfung der Seuche wieder egalisiert. So

„anfängliche Fehldiagnosen“ — die zu den Todesfällen beigetragen haben könnten — nicht zu vermeiden gewesen wären.

Welche Folgen die Ratlosigkeit der Ministerialen zu Beginn der Epidemie, als noch in täglichen Bulletins das Abklingen der Krankheitswelle angekündigt wurde, am Ende haben wird, ist auch jetzt noch nicht abzuschätzen. Zwar registrieren die Mediziner seit vorletztem Freitag keine Erstinfektionen mehr (Inkubationszeit: zwischen einer und sechs Wochen), sondern nur noch nachträglich diagnostizierte Typhus-Erkrankungen. Aber schon wurden in Baden-Württemberg auch die ersten sechs Ansteckungsfälle bekannt, so daß die Gefahr einer zweiten Typhus-Welle nicht auszuschließen ist.

Gegen die Ausbreitung der Seuche hilft nur strenge Hygiene, an der es, so